



Landesverteidigungsakademie
Wien

PARLAMENTSWAHLEN IN DER TÜRKEI – RÜCKSCHLAG FÜR DIE AKP

Marius Calligaris

Die Parlamentswahlen in der Türkei am 7. Juni 2014 haben für die Regierungspartei AKP einen deutlichen Rückschlag gebracht. Sie verlor die 2002 errungene absolute Mehrheit. Hauptgründe waren der selbstherrliche Stil Erdogans und die ständige Überschreitung seiner Kompetenzen als Präsident. Eine weitere Konzentration seiner Machtfülle wird von der Bevölkerung abgelehnt. Das angestrebte Präsidialsystem ist in weite Ferne gerückt. Einen überraschenden Wahlerfolg erzielte die Kurdenpartei HDP, die erstmals ins Parlament einzog. Die Bildung einer Koalition mit einer anderen Formation wird sich schwierig gestalten. Es muss sich auch erst zeigen, ob Erdogan seinen autoritären Stil abmildern wird. Außenpolitisch wird sich für die neue Regierung die Notwendigkeit einer Korrektur des Verhältnisses zu den Nachbarstaaten stellen. Die EU sollte die Türkei ermuntern, auf den 2002 begonnenen Reform- und Liberalisierungskurs zurückzukehren.

Die Parlamentswahlen in der Türkei am 7. Juni 2015 haben für die AKP (Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) eine herbe Enttäuschung gebracht. Sie verlor die 2002 erreichte, im Laufe der Jahre stets ausgebaut absolute Mehrheit und erreichte nur 40,9% (2011: 49,8) der Stimmen bzw. 258 (2011: 327) der insgesamt 550 Parlamentssitze. Die CHP (Republikanische Volkspartei) kam auf 24,9% (2011: 25,9) und 132 (2011: 135) Sitze, die MHP (Partei der nationalen Bewegung) auf 16,3% (2011: 13,1) und 80 (2011: 53) Mandate. Die kurdische HDP (Demokratische Partei der Völker) trat erstmals als politische Formation bei dem Urnengang an, übersprang die 10%-Hürde für den Einzug ins Parlament und erzielte 13,1% und 80 Abgeordnete. Bisher hatte die HDP zwecks Umgehung der 10%-Schwelle

unabhängige Kandidaten ins Rennen geschickt und 2011 35 Sitze erreicht. Die Wahlbeteiligung betrug 86% (2011: 83). Von den ca. drei Millionen Auslandstürken machten etwa 36% von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Der Wahlkampf

Der Wahlkampf zeichnete sich durch harte Auseinandersetzungen, wiederholte Gewalttaten, besonders gegen die HDP, und große Niveaulosigkeit aus und nahm teilweise groteske Züge an (angebliche Mordkomplotte gegen Erdogan, vermutete Verschwörung der HDP zusammen mit den Anhängern Fetullah Gülen, der Armenienlobby und Israel, Auseinandersetzung über die Kosten des

IFK Monitor
Juni 2015

Präsidentenpalastes, etc.). Sachthemen spielten, sieht man von unrealistischen CHP-Wahlversprechen auf dem Wirtschaftssektor ab, eine untergeordnete Rolle. Erdogan war während der Kampagne omnipräsent und betrieb unter Verletzung der Verpflichtung des Präsidenten zur Neutralität massiv Werbung für die AKP. Um diese Unterstützung nicht zu offensichtlich werden zu lassen, war er nicht bei deren Veranstaltungen zugegen, sondern tourte ausgiebig durch die Provinzen, nahm eine große Zahl von Eröffnungen vor – Bauwerke, Schulen, Fabriken – und hielt „Treffen mit dem Volk“ ab. Ohne die AKP beim Namen zu nennen verwies er auf die wirtschaftlichen Erfolge der Regierung, gepaart mit Rundumschlägen gegen Regierungsgegner und kritische Journalisten. Zudem war seine Kampagne zunehmend religiös gefärbt, wobei er bei manchen Auftritten den Koran in Händen hielt. Erdogan widmete den Oppositionsparteien CHP und MHP wenig Augenmerk und konzentrierte seine Angriffe auf die HDP, um deren Einzug ins Parlament zu verhindern.

Wahlziel der AKP war – neben der Wiedererringung der absoluten Mehrheit – die Erreichung der, für die Einführung des von Erdogan angestrebten Präsidialsystems erforderlichen Mandatszahl von 367 (zwei Drittel) oder zumindest 330 (60%) Sitzen, wobei im zweiten Fall die entsprechende Verfassungsänderung durch ein Referendum hätte bestätigt werden müssen. Erdogan machte hierfür massiv Werbung und erklärte, dass dies für die Aufrechterhaltung der Stabilität und Garantie eines weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs unerlässlich sei. Es war klar, dass bei einem Einzug der HDP ins Parlament dies nicht zu erreichen sein würde (von einem Scheitern der HDP hätte die AKP stark profitiert). Bei den in der Türkei notorisch unverlässlichen und meist parteipolitisch gefärbten Meinungsumfragen oszillierte die HDP um die magische Grenze der 10%. Das Abschneiden der

Kurdenpartei stellte die zentrale und meisterörterte Frage des Wahlkampfes dar und war mit Spannung erwartet worden. Die Parlamentswahlen waren gleichzeitig zu einem Referendum über das Präsidialsystem geworden.

Gründe des Wahlergebnisses

Das, von der regierungskritischen Presse mit Genugtuung und Triumph aufgenommene, Wahlergebnis ist eine eindeutige Niederlage nicht nur für die AKP, sondern auch für Erdogan, der bei den Präsidentenwahlen 2014 noch 52% erreicht hatte. Hauptgründe waren die ständige Überschreitung der Verfassungskompetenzen bzw. die Involvierung in die Tagespolitik, vor allem aber das Bestehen auf einem, nach Ansicht von Fachleuten nicht der politischen Kultur der Türkei entsprechenden, Präsidialsystem. Erdogan hatte offensichtlich die Stimmung im Lande falsch eingeschätzt. Der Prestigeverlust für den siegesgewohnten Politiker ist beträchtlich. Das frühere Atout der Regierungspartei, nämlich der wirtschaftliche Aufschwung in den mehr als 12 AKP-Jahren (u. a. die Verdreifachung des Pro-Kopf-Einkommens) hat durch den Rückgang des Wachstums, eine Arbeitslosigkeit von wieder über 10% und einen Anstieg der Inflation auf 8% an Zugkraft verloren. Vor allem aber wollten die Wähler, wohl auch etliche AKP-Anhänger, eine zu starke Konzentration der Macht in den Händen der AKP, besonders Erdogans, verhindern. So gaben offenbar auch potentielle Wähler der CHP diesmal der HDP ihre Stimmen, um deren Einzug ins Parlament zu ermöglichen und so die AKP zu schwächen. Dies erklärt auch, warum die CHP keinen Zulauf von AKP-kritischen Wählern erhielt und sogar leichte Verluste in Kauf nehmen musste. Der zunehmend selbstherrliche Stil des Präsidenten und die drohende Gefahr der Etablierung eines verstärkt autoritären Regimes haben sicher ebenfalls zum Misserfolg der AKP beigetragen. Zudem hat Erdogans bisher

erfolgreiche Taktik, in Wahlkämpfen zu polarisieren, sich diesmal als Nachteil erwiesen. Negativ ausgewirkt hat sich auch der Kampf gegen die Bewegung Güdens, dessen potentielle AKP-Wähler diesmal anderen Parteien ihre Stimme gaben.

Wenn auch der AKP Stimmverluste prognostiziert worden waren, so ist der Verlust sogar der absoluten Mehrheit (276 Abgeordnete) nichtsdestoweniger eher eine Überraschung. Die Partei hat sichtlich den Charakter einer Volkspartei bzw. den Kontakt zur Basis verloren und ist Teil des Establishments, mit gewissen Rückschritten in kemalistische Charakteristika, geworden. Auch die Wirtschaftskompetenz ist schwächer geworden. Eine Rolle haben auch Nachwirkungen der Gezi-Proteste 2013 gespielt, die kritische Zivilgesellschaft in der Türkei ist stärker geworden. Zudem wird die fortschreitende Islamisierung von einem wachsenden Teil der Bevölkerung abgelehnt.

Erfolg der Kurdenpartei HDP

Unerwartet in diesem Ausmaß ist auch der Erfolg der HDP. Sie konnte den gesamten Südosten des Landes erobern, aber auch im Westen punkten. Konservative Kurden wandten sich von der AKP, die bei früheren Urnengängen in den Kurdengebieten gute Ergebnisse erzielt hatten, ab und der HDP zu. Dieser ist ferner auch eine Öffnung über kurdische Wähler hinaus gelungen. Profitiert hat die Partei wohl auch vom, wenn auch brüchigen, Waffenstillstand zwischen der Regierung und der PKK bzw. Öcalan im März 2013. Dieser hat der HDP im Rahmen des angelaufenen Lösungsprozesses mit den Kurden eine gewisse Legitimität als politischer Faktor verliehen. Hiezu kommt, dass für die junge Generation der PKK-Terrorismus ein Teil der Geschichte ist. Eine weitere Rolle dürfte auch die zögernde Haltung der AKP-Regierung im Falle der Belagerung der Stadt Kobane durch den IS im Herbst 2014 gespielt haben. Für

Parteiführer Selahattin Demirtas, welcher mit dem Antreten als Partei angesichts der 10%-Hürde (siehe oben) bzw. der Umfragewerte ein beträchtliches Risiko eingegangen war, bedeutet das Wahlergebnis einen persönlichen Triumph. Die HDP wollte sich aber offenbar als politische Formation nicht weiter „verstecken“. Ein Scheitern der HDP hätte übrigens die Gefahr von Unruhen und eines Wiederaufflammens des PKK-Terrorismus gebracht.

Möglichkeiten einer Koalitionsbildung

Das Wahlergebnis und der gebremste Höhenflug Erdogans wurde auf der internationalen Bühne überwiegend mit Erleichterung aufgenommen und als Beweis für die noch intakte Demokratie in der Türkei gewertet. Auch die verschiedenen Pressekommentare sind positiv. Abgesehen von der Tatsache, dass das seitens Erdogan angestrebte Präsidialsystem in weite Ferne gerückt ist, steht nun die Frage im Raum, welche Konsequenzen das politische Erdbeben vom 7. Juni für die Türkei haben wird. Sieht man von der Möglichkeit einer wohl kaum überlebenschfähigen AKP-Minderheitsregierung ab, so benötigt die Partei erstmal seit ihrer Machtübernahme einen Partner für eine Koalition. Deren Bildung dürfte sich aber eher schwierig gestalten. Verschiedene Kombinationen sind möglich. Als wahrscheinlichste gilt jene zwischen der AKP und der MHP, die auf nationalistischem und religiösem Gebiet gewisse Parallelen aufweisen. Außerdem ist die MHP durch einen teilweisen Generationswechsel weniger radikal als früher. Die Anhänger beider Parteien dürften ein Zusammengehen befürworten. Da die MHP den Lösungsprozess mit den Kurden aber ablehnt, stünde über diesem ein Fragezeichen. Eine andere Möglichkeit ist eine „große“ Koalition AKP-CHP. Dies würde die starke Polarisierung im Lande abmildern und könnte geplante Verfassungsänderungen und den notwendigen Kurswechsel in

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

Juni 2015

Druck:

HDruckZ-ASt Stift
xxxx/14

der Außenpolitik (siehe unten) sowie den Lösungsprozess erleichtern. Die Variante dürfte aber in der AKP wenig Rückhalt haben. Ein Bündnis der AKP mit der HDP wurde von deren Führer Demirtas zwar bisher strikt abgelehnt, doch dürfte das letzte Wort hier noch nicht gesprochen sein. Gemeinsam ist den beiden politischen Formationen das Interesse am Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Eher unwahrscheinlich ist eine Koalition CHP-MHP mit Unterstützung seitens der HDP. Türkische Gesprächspartner rechnen damit, dass eine Regierung innerhalb der gesetzlichen Frist von 45 Tagen gebildet werden kann. Andernfalls müsste der Präsident Neuwahlen ausschreiben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die AKP bzw. Erdogan einen neuen Urnengang anstrebt, um doch noch die absolute Mehrheit zurückzuholen. Manche Stimmen meinen allerdings, dass die Wähler dann die AKP noch stärker abstrafen würden.

Als Konsequenz des Wahlergebnisses stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit Erdogan aus seiner Schlappe gelernt hat und seinen autoritären Stil abmildert sowie in der so offensichtlichen Überschreitung seiner Kompetenzen als Präsident zurücksteckt. Wie oben ausgeführt, war sein totaler Machtanspruch der Grund für die Niederlage der AKP gewesen. Einen Machtzuwachs hätte er als Bestätigung seiner Linie gewertet, was die Gefahr einer Verschärfung der Situation durch die Unterdrückung von Regimegegnern und die weitere Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der weiteren schleichenden Islamisierung des Landes gebracht hätte.

Innerhalb der AKP stellt sich die Frage nach einer eventuellen Ablöse Davutoglus durch einen populäreren Ministerpräsidenten (in den letzten Monaten zeigten sich auch zunehmend Meinungsdivergenzen zwischen ihm und Erdogan, insbesondere in der Frage eines Präsidialsystems). Gerüchte gibt

es auch immer wieder über die Abspaltung des weniger doktrinären Flügels der AKP und die Gründung einer neuen Partei unter Führung des früheren Präsidenten Abdullah Gül.

Konsequenzen für die Außenpolitik, künftiges Verhältnis Türkei - EU

Für jede Regierung wird sich die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der Außenpolitik stellen, welche die Türkei in den letzten Jahren in eine Isolation geführt hat. Besonders eine Reparatur des Verhältnisses zu den meisten Nachbarstaaten scheint vordringlich. Im Falle des syrischen Bürgerkrieges erwarten Experten eine Annäherung an die Linie Washingtons, d. h. eine Fortsetzung der Unterstützung gemäßigter Assad-Gegner, nicht jedoch jener für jihadistische Gruppen. Insgesamt wird damit gerechnet, dass in die Außenpolitik die starke islamische Komponente, eine gewisse „ottomanische Großmannssucht“ und die antiwestliche Rhetorik abnehmen werden.

Das künftige Verhältnis der Türkei zur EU wird von der Politik der künftigen Regierungskoalition abhängen. Bei einem Wahlsieg Erdogans und der Verschärfung des autoritären Kurses hätte die Gefahr einer weiteren Trübung der Beziehungen (und auch jener zu den USA) bestanden. Der im Wesentlichen korrekte Wahlgang wird teilweise auch als Signal an Brüssel gewertet. Die EU sollte jedenfalls alles tun, um eine Rückkehr der Türkei auf den bis ca. 2011 verfolgten Reformkurs zu ermutigen, um den dzt. Stillstand in den Beziehungen zu beenden. Außerdem sollte sie auf alle Kräfte einwirken, den Lösungsprozess mit den Kurden zu unterstützen. Ein führender deutscher Politologe meinte ferner, die EU sollte im Verhältnis zur Türkei nicht nur auf die Beitrittsfrage fixiert sein, sondern in Ankara vor allem einen wichtigen sicherheits- und politischen Partner in einer unruhigen Region sehen.

